

## **Ostsee-Zeitung**

Mittwoch, 26. September 2007 | Titelseite

Kraftwerk Lubmin fällt kleiner aus

Lubmin (OZ/dpa) Nach der Kritik an Plänen zum Bau eines Steinkohlekraftwerks in Lubmin (Ostvorpommern) hat der dänische Investor reagiert. Der Projektleiter von Dong Energy, Peter Gedbjerg, sagte gestern, dass das Kraftwerk kleiner werde. Die Höhe für die Kesselhäuser solle 85 statt 120 Meter betragen. Der Schornstein soll von 150 auf 110 Meter reduziert werden. Diese Bonsai-Ausgabe seines Kraftwerks hält Gedbjerg für genehmigungsfähig.

„Damit reagieren wir auf den Wunsch, niedrigere Gebäude zu errichten.“ Bis Freitag würden die Unterlagen für das Genehmigungsverfahren im Wirtschaftsministerium eingereicht. Statt 1,5 Milliarden Euro plant Dong nun, zwei Milliarden zu investieren.

Bei Kritikern des Kraftwerks stoßen die Ankündigungen nicht auf positiven Widerhall. Klaus Kühnemann, parteiloser Bürgermeister des Seebades Lubmin, sagte gestern: „Das ändert nichts an unserer Ablehnung. Wenn der Schornstein niedriger wird, werden die Emissionen, die am Boden ankommen, höher.“ Außerdem liege Dong Energy immer noch über der auf dem Gelände laut Bebauungsplan zugelassenen Maximalhöhe von 20 Metern.

Kritik an den Dong-Plänen kommt nach der Modifizierung auch vom umweltpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gottfried Timm. Wirtschafts- und Tourismusminister Jürgen Seidel (CDU) hingegen hat seine Unterstützung für das Kohlekraftwerk bekräftigt. Seidel will MV zu einem „Energie-Exportland“ machen.

Donnerstag, 27. September 2007 | Aus der Nachbarschaft

Unterschriften kontra Kraftwerk

Greifswald Der Naturschutzbund (Nabu) sammelt Unterschriften gegen den Bau eines Steinkohlekraftwerks in der Lubminer Heide. Die bisherige Resonanz ist groß: Bei einer ersten Aktion am Greifswalder Mühltor unterstützten knapp 200 Menschen die ablehnende Haltung.

„Lubmin kann seinen Seebad-Status vergessen, wenn das Kohle-Kraftwerk gebaut wird“, meint Dr. Sabrina Rilke, Leiterin der Greifswalder Geschäftsstelle des Naturschutzbundes. „Je nachdem wie der Wind dreht, sind Usedom und Rügen betroffen“, fügt sie hinzu.

„Da kann man nicht dafür sein, wir haben keinen Nutzen davon“, sagt Wolfgang Röske, Meister aus Greifswald, und weist auf den immensen Kohlendioxid- und Schadstoff-Ausstoß hin, der durch „vielleicht 50 Arbeitsplätze“ nicht zu rechtfertigen sei. Heutzutage gäbe es wirklich andere Möglichkeiten als die Nutzung von Steinkohle, zumal diese erst herantransportiert werden müsste. Aus Australien und Indonesien, wie Rilke Passanten erklärt.

„Nicht umweltverträglich“, lautete der knappe Kommentar eines jungen Selbständigen, der sich in die Unterschriftenliste eintrug. Professor Gerd Müller-Motzfeld vom Institut für Zoologie nahm gleich eine ganze Liste zum selber-Unterschriften-sammeln mit. „Das hat mit Ökonomie nichts mehr zu tun“, äußerte er und verwies auf die enormen Transportwege, die in keiner Ökobilanz auftauchten.

Zur Verdeutlichung des erwarteten täglichen 1,3 Kilogramm-Quecksilber-Ausstoßes lagen zwischen den Info-Materialien große, in silberne Alufolie gewickelte Zuckerpakete, die das hochgiftige Quecksilber symbolisieren sollten. „Eine weitere Gefährdung ist die durch die Kühlwasser-Ausleitung verursachte Erwärmung des Boddens, was eine Verschlechterung der Wasserqualität, verstärktes Algenwachstum und damit eine Beeinträchtigung der Fischerei bedeutet“, erläuterte Rilke.

„Sollen Sie sich das in Schwerin hinbauen, da ist der Schweriner See“, meinte eine Passantin, empört über die befürwortenden Politiker.

Morgen wird der NABU zusammen mit Greenpeace wieder vor der Mensa stehen. Unterschreiben kann man auch in Listen, die vor dem Bio-Laden aushängen. Diese gehen an die Bürgerinitiative „Kein Kohlekraftwerk Lubmin e.V.“, die bereits 7000 Unterschriften als Argumentationsgrundlage sammeln konnte.

GUDRUN MOHR

Donnerstag, 27. September 2007 | Ostvorpommern

Salzstock wird angebohrt

Zwischen der B 111 und Wrangelsburg sind Vorbereitungen für die erste Probebohrung angelaufen, die den Salzstock Moeckow erkunden soll.

Wrangelsburg Erste Vorbereitungen für eine geplante Probebohrung bezüglich der Erkundung des Salzstockes bei Moeckow sind angelaufen. Zwischen der Kreuzung Moeckowberg und der Milbratz-Tankstelle an der B 111 wird zurzeit ein Landweg in Richtung Wrangelsburg befestigt. Der führt zu einer Fläche, die für die erste Probebohrung vorgesehen ist.

Thomas Beutel vom zuständigen Oldenburger Energie-Unternehmen EWE erklärte auf Anfrage, dass es sich um einen vom Bergamt zugelassenen Punkt handele, von dem aus die Probebohrung erfolge. Zunächst werde ein so

genanntes Standrohr gesetzt, später – vielleicht Ende des Jahres – könnte eine Tiefenbohrung bis zu 1600 Meter beginnen.

Nach OZ-Informationen sollen Gesteinskerne gewonnen werden, woraus die Experten Rückschlüsse für mögliche Ausspülungen des Salzstocks Moeckow ziehen, in dem später Erdgas gespeichert werden soll.

Nach der seismischen Salzstockuntersuchung im Frühjahr dieses Jahres (OZ berichtete) haben sich Erwartungen bestätigt, dass der z.T. über 2000 Meter tief liegende Salzstock als so genanntes Kavernendepot (künstliche unterirdische Hohlräume) geeignet sein könnte. Geprüft wird, welche Einschlüsse und Schichtungen es in den Salzformationen gibt und wie die künftigen Kavernen angelegt werden müssen. Sollte das Ergebnis positiv sein, ist es möglich, dass noch im kommenden Jahr mit der Ausspülung des Salzstocks begonnen wird. Dabei wird Wasser in die Tiefe gedrückt, das das Steinsalz auflöst und an die Erdoberfläche bringt.

Dabei geht es um Millionen Liter hochsalziges Wasser. Neben der Einleitung der Sole in den Bodden bei Lubmin stehe eine direkte Einleitung bei den Usedomer Ostseebädern Karlshagen oder Trassenheide zur Diskussion, war vom Raumordnungsamt Greifswald zu erfahren, das das Vorhaben derzeit prüft.

Kritiker sehen für die salzarme Ostsee darin verheerende Folgen und fürchten ein Massen-Fischsterben. Darüber hinaus befürchten sie die Erosion der Küste, da die Salzstöcke diese stabilisierten.

Das Schweriner Umweltministerium äußerte sich zur Thematik zurückhaltend. Sprecherin Andrea Haase erklärte im Mai gegenüber OZ, dass die Sole hochgradig verdünnt werden müsste, bevor sie eingeleitet wird. „Mehr als zwei Prozent Salzgehalt darf sie nicht aufweisen.“ Dafür wären allerdings enorme Mengen Süßwasser erforderlich. Die Verantwortung liege derzeit im Bereich des Wirtschaftsministeriums, so Haase.

Davon auszugehen ist, dass die EWE über einen Zeitraum von 16 Jahren zehn Kavernen anlegen will. In ihnen soll Erdgas zwischengespeichert werden, das über die deutsch-russische Ostseepipeline in Lubmin angelandet wird. Insgesamt müssten dafür 17,6 Millionen Tonnen Salz aus den Salzstöcken zwischen Moeckow und Wrangelsburg ausgespült und abgeleitet werden.

STEFAN BRÜMMER

Donnerstag, 27. September 2007 | Titelseite

Dong will auf Kohleumschlag auf See verzichten

Bergen „Meyerwerft, Eurobaltic oder die Volkswerft: Immer haben wir an Sichtachsen debattiert und vieles zerredet. Ich habe mich heute erst einmal gut informiert gefühlt. Nun müssen wir uns über die Zeiträume unterhalten.“ Wann und in welchem Zeitraum muss welcher Energieträger in den nächsten 50 Jahren eingesetzt werden, stellte Unternehmer Volker Boche am Mittwoch im Parkhotel in den Raum. Der Wirtschaftsverein Rügen hatte geladen, um mit Dong-Energy über das geplante Lubminer Steinkohlekraftwerk zu sprechen.

Peter Gedbjerg, Vize-Direktor des dänischen Energieunternehmens, legte Zahlen dar. Den Wirkungsgrad des Kraftwerks hat der Konzern inzwischen auf 47 Prozent und damit nach oben korrigiert. Ein Blockheizkraftwerk wie in Aveoere, bei dem neben Kohle auch der Wasserdampf für die Stromerzeugung genutzt wird, sieht Dong in Lubmin allerdings nicht vor. Auf das Umladen der Kohle von großen Pötten auf kleine Schuten auf See – Mönchguter fürchten Lärm – soll bei der nun Zwei-Milliarden-Euro-Investition jetzt verzichtet werden. Immerhin werden im Jahr 3,6 Millionen Tonnen des fossilen Brennstoffs gebraucht. 140 feste und 200 Umfelderbeitsplätze sieht Peter Gedberg entstehen, hohe Beträge in die Greifswalder Forschung fließen.

„Sie wissen, wie der Verbrauch an Rohstoff seit 1800 gestiegen ist“, lenkte Arkona-Bahn-Betreiber Jürgen-Rödel das Gespräch auf neue Energiequellen, die mit Wasserstoff bereits bei der Arkona-Bahn eine Rolle spielen. „Warum setzen Sie auf eine so altertümliche Technologie?“ Gedbjerg zitiert die Experten in seinem Konzern, die eben auf dieses System mit Kohle und elektrischen Filtern gekommen seien. „Wasserstoff ist uns noch zu unverlässlich. Binnen vier Wochen können wir unsere Anlage aber auf Gas umrüsten, wenn es Politik und Markt notwendig machen.“ Gas sei Dong-Energy trotz des Standortes Greifswald aber zu unsicher. „Sie haben es verfolgt, wie der Russe da am Hebel sitzt. Kohle gibt es noch mehrere hundert Jahre lang.“ Selbst mit den Grünen sei sich Dong einig, dass es zu erneuerbaren Energien hin muss. „Nur der Zeitraum ist strittig“, so der Dong-Vize. Der sieht keine höhere Erwärmung des Boddens als zu Kernkraftwerks-Zeiten und schließt auch ein Staubproblem aus.

„Was für Dong ideal, ist für Rügen fatal“, bekräftigt TZR-Geschäftsführer Ralf Hots-Thomas die bereits im April ausgesprochene Ablehnung des Projektes durch den Tourismusverband der Insel. „Die Sichtachse vom Mönchgut mit den meisten Hotelanlagen Rügens zu den Schornsteinen stört einfach. 68 Prozent der Gäste kommen wegen unberührter Natur.“

KÜMA

## **DIE NACHRICHT DES TAGES!**

Freitag, 28. September 2007 | Ostvorpommern

Seebad Lubmin verlässt Zweckverband

Der Zweckverband „Lubminer Heide“ ist für die Bauleitplanung im Industriestandort verantwortlich. Lubmin, Rubenow und Kröslin gehören ihm an. Lubmin will raus.

Seebad Lubmin Die Gegner des geplanten Steinkohlekraftwerkes konnten am Mittwochabend während der Gemeindevertreterversammlung in Lubmin einen Etappensieg verzeichnen. Der politische Arm der Bürgerinitiative „Zukunft Lubminer Heide“, die Fraktion „Frischer Wind für Lubmin“ (FWL), hat ihren Beschlussvorschlag „Austritt aus dem Zweckverband Lubminer Heide“ durchsetzen können. Und zwar einstimmig (sieben Stimmen). Es fehlten auf der Sitzung zwar der Vertreter der SPD und die gesamte Riege der CDU (fünf Vertreter), dennoch war die Gemeindevertretung beschlussfähig, da neben dem FWL auch die Vertreterin der Fraktion Die Linke anwesend war.

Austritt mit Wirkung  
vom 31. Dezember 2007

Der Austritt aus dem Zweckverband (ZV) wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2007 beschlossen. Im Beschluss wird der Bürgermeister beauftragt, die Kündigung zum Jahresende 2007 beim Verbandsvorsitzenden fristgemäß bis zum 30. September anzuzeigen.

In der Begründung heißt es u.a.: „Seit Gründung des Planungsverbandes bemühen sich die EWN in Zusammenarbeit mit dem ZV, am Standort Industrie- und Gewerbebetriebe anzusiedeln, um neue Arbeitsplätze zur Senkung der Arbeitslosigkeit in der Region Ostvorpommern und als Ausgleich für die in den nächsten Jahren von den EWN freizusetzenden Arbeitskräfte zu schaffen...Bisher haben sich am Standort erfreulicherweise fünf neue Unternehmen angesiedelt (Ecanol, Liebherr, MAB, Krebs, Marina). Bis auf Ecanol und die Marina liegen jedoch alle Firmen außerhalb des B-Planes Nr. 1. Die in die Planung für das B-Gebiet vorgesehene Ansiedlungen Dong energie und Choren werden frühestens im Jahre 2012 neue nachhaltige Arbeitsplätze schaffen. Diese Entwicklung ist völlig unbefriedigend. Wir streben an, dass von den zahlreichen Firmen, die für den Standort 'Schlange stehen', jene bevorzugt gefördert werden, die zeitnah ihre Pläne verwirklichen wollen und können...“.

Differenzen in der  
Verbandsversammlung

Weiter heißt es: „In den vergangenen Monaten gab es wiederholt Differenzen in der Verbandsversammlung, insbesondere bei der Änderung des B-Planes Nr. 1, da die Interessen der Gemeinde Lubmin hinsichtlich der Einhaltung des genehmigten P-Planes außer acht gelassen werden. Das Stimmenverhältnis im ZV schließt eine entsprechende Beeinflussung bei den Beschlüssen aus.“ Weitere sechs Gründe werden im Beschluss detailliert aufgelistet.

Als Auswirkung des Beschlusses wurde das Zurückfallen der Planungshoheit über die gemeindezugehörigen Flächen an die Gemeinde genannt. Zudem tritt die Gemeinde in die Rechtsfolge aller vom ZV geschlossenen Verträge und Beschlüsse ein, die das Territorium der Gemeinde betreffen. Das bedeutet, dass der B-Plan Nr.1 in der zum Austritt gültigen Fassung übernommen und weitergeführt wird. Weitergeführt durch die Gemeinde werden auch die in Arbeit befindliche 3. und 4. Änderung des B-Planes Nr. 1.

Es wird davon ausgegangen, dass durch den Austritt wesentliche finanzielle Belastungen nicht zu erwarten sind. Auch Personal sei nicht mit dem Austritt zu übernehmen.

STEFAN BRÜMMER

## **Freitag, 28. September 2007 | Ostvorpommern**

**Lubmin verlässt auch „Asketa“**

**Seebad Lubmin Die Gemeinde Seebad Lubmin hat auf ihrer jüngsten Gemeindevertreterversammlung am Mittwochabend den Beschluss gefasst, aus der Vereinigung der Kommunen mit kerntechnischen Anlagen „Asketa“ auszutreten. Sechs der sieben anwesenden Gemeindevertreter stimmten dafür.**

## **Freitag, 28. September 2007 | Mecklenburg-Vorpommern**

**Umweltschützer kritisieren Pläne für weniger Gewässerschutz**

Schwerin (dpa) Die von der Landesregierung geplante Änderung des Landeswassergesetzes verstößt nach Ansicht der Umweltorganisation BUND gegen die Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Der Bund für Umwelt und Naturschutz kritisiert vor allem die Verringerung der Gewässerrandstreifen von sieben auf drei Meter und die mögliche Ausnahme von sogar nur einem Meter. Dies würde den Zustand der Gewässer insbesondere durch den Eintrag von Pflanzenschutz- und Düngemitteln verschlechtern, sagte BUND-Landesgeschäftsführerin Corinna Cwielag gestern nach einer öffentlichen Anhörung des Landwirtschaftsausschusses im Landtag.

Cwielag begründete die Ablehnung der Gesetzesnovelle damit, dass die europäische Wasserrahmenrichtlinie die Mitgliedsstaaten verpflichte, bis 2015 den „guten ökologischen Zustand“ zu erreichen. Die geplante Bewirtschaftung der Gewässerrandstreifen stehe dem entgegen und könnte sogar zu einem Vertragsverletzungsverfahren führen. Der BUND fordert eine Beibehaltung der 7-Meter-Streifen und Untersuchungen über mindestens fünf Jahre. Zudem würden mehr Mittel für die Umstellung auf den Ökolandbau

helfen, den Gewässerzustand zu verbessern. In der Trinkwasserschutzzone 2 sollten alle Landwirtschaftsflächen auf Ökolandbau umgestellt werden.

### **DER SCHWACHSINN DES TAGES!**

Mittwoch, 26. September 2007 | Wirtschaft

Industrie: Klimaschutzziele nur mit Atomkraft erreichbar

Berlin (dpa) Ein drastischer Abbau des Kohlendioxid-Ausstoßes zum Klimaschutz ist laut Industrie nur mit einer längeren Nutzung der Atomkraft machbar. „Eine Reduzierung der Treibhausgase über 31 Prozent hinaus ist ohne Beibehaltung der Kernenergie wirtschaftlich nicht darstellbar“, besagt eine Studie des Industrieverbandes BDI und der Unternehmensberatung McKinsey, die gestern in Berlin vorgestellt wurde. Die Bundesregierung will bis 2020 den Ausstoß des Klimakillers CO<sub>2</sub> um 40 Prozent reduzieren. Nach dem Atomgesetz sollen um 2020 herum die letzten Kernkraftwerke vom Netz gehen. SPD, Grüne und Umweltverbände übten Kritik an der Studie. Lob kam von Union und FDP, die eine offene Debatte über längere Atomzeiten forderten. So könne das Klima jährlich um Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zusätzlich entlastet werden. Für die Industrie liegt die Schmerzgrenze bei einem CO<sub>2</sub>-Abbauziel von rund 30 Prozent.

Wochenendausgabe, 29. September 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

WWF: Deutschland lässt Rettungsplan scheitern

Delfine vor Hiddensee – eine kleine Sensation. Immer öfter verirren sich fremdartige Tiere in die Ostsee. Einige Experten sehen das als eine Folge der globalen Erderwärmung.

Stralsund (dpa) Der Umweltverband World Wide Fund for Nature (WWF) hat der Bundesregierung vorgeworfen, keine verbindlichen Quoten für die Einleitung von Nährstoffen in die Ostsee festzulegen und damit einen Rettungsplan für das Meer scheitern zu lassen. Deutschland werde zum Totengräber der Ostsee, sagte der Leiter des WWF-Ostseebüros in Stralsund, Jochen Lamp, gestern laut Pressemitteilung. Die Haltung der Landwirtschaftsminister des Bundes und Mecklenburg-Vorpommerns sei ein Skandal. Am 15. November soll auf der Ostseeschutz-Konferenz Helcom in Krakau (Polen) ein Aktionsplan für die Ostsee beschlossen werden. Laut Helcom sollen die jährlichen Einträge bis 2016 um 133 000 Tonnen Stickstoff und 15 000 Tonnen Phosphor reduziert werden.

Deutschland soll laut WWF seine Einträge von Phosphor um 250 Tonnen und von Stickstoff um 5600 Tonnen verringern. Bundesagrarminister Horst Seehofer (CSU) und der Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Till Backhaus (SPD), lehnten dies ab, während andere Ostseeanrainerstaaten wie Polen, Dänemark oder Schweden zu einer Senkung bereit seien, hieß es.

Nach Angaben des WWF in Stralsund gibt es in rund 70 000 Quadratkilometern der Ostsee aufgrund des Sauerstoffmangels so gut wie kein Leben mehr. Ursache sei vor allem der Nährstoffeintrag.

Wochenendausgabe, 29. September 2007 | Insel Usedom links

Kohlekraftwerk schreckt vor allem Lubminer Gäste

Inwieweit das in Lubmin geplante Steinkohlekraftwerk dem Tourismus schade, soll demokratisch im Rahmen der Mitgliederversammlung des TVIU abgewogen werden, auf der Basis des Gutachtens zur Tourismusverträglichkeit.

Ückeritz. „Wir werden tun, was wir können, damit das Gutachten allen Interessierten zur Verfügung steht“, sagte am Donnerstagabend Gerd Schulz, Vorsitzender des Tourismusverbandes der Insel Usedom (TVIU). Aber: „Das Gutachten ersetzt nicht die Meinung des Tourismusverbandes. Diese bilden wir uns, anders als die Kollegen auf Rügen und obwohl wir seit Januar dazu gedrängt werden nach umfassender Information zur Mitgliederversammlung Anfang Dezember“, so Schulz.

Zuvor hatten Prof. Martin Benkenstein und Prof. Edgar Keilkamp im Gutachtenentwurf anhand statistischer Erhebungen vergleichbarer Regionen ein Szenario möglichen Gefahren entwickelt.

Danach sei die Sichtbarkeit der Industrieanlage auch nach der jüngsten Verkleinerung noch für den Inselsüden Rügens und den Lubminer Strand gegeben. Von Usedom aus sei das Kohlekraftwerk lediglich vom Dach des Peenemünder Kraftwerkes zu sehen.

Für die Einschätzung der Belastung durch Emission werde ein separates Gutachten erarbeitet, das vom Staatlichen Amt für Umwelt und Natur bewertet wird, so Benkenstein. Für die Touristiker sei wichtig, das in der Region kein Ort seinen Seebad- bzw. Seeheilbadstatus verliere. Sowohl Lubmin als auch für den Usedomer Norden wie der Süden Rügens könnten betroffen sein, weshalb vor dem (eventuellen) Bau auf die Einhaltung der Grenzwerte laut Kurortgesetz 2000 gedrungen werden muss, sagte Keilkamp. Dabei, so die Bürgerinitiative, sei unbedingt die Summierung der künftigen Belastungen durch Einzelvorhaben zu beachten.

Keine klare Vorstellung konnte Prof. Kreilkamp zur befürchteten Boddenerwärmung vermitteln. Nur soviel – sollte es in Folge einer Boddenerwärmung zur Blaualgenblüte kommen, würde der Tourismus stark betroffen sein. Besonders in Folge überregionaler Berichterstattungen prognostizierte Kreilkamp, mit Hinweis auf die Auswirkungen der Vogelgrippe-Berichterstattung auf Rügen, zeitweise Gästerückgänge von bis zu 30 Prozent. Eine rückläufige Entwicklung erwartet er außerdem für die Segelschiffahrt im Greifswalder Bodden. Insofern sein Rat an die Kraftwerksgegner, Ansinnen und Bedenken möglichst über regionale Medien zu veröffentlichen. „Ein Bericht in der Abendsendung bei ARD und wir müssen mit ähnlichen Folgen rechnen, wie bei der Vogelgrippe“, so Kreilkamp.

Vertreter der Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“ bemängelten u.a., dass die Prognose weitere Investitionsvorhaben zu Kraftwerken in der Region und das Zusammenwirken mit Klimaveränderungen vernachlässigt. „Es fehlen nachhaltige Prognosen, zum Beispiel zur Wechselwirkung mit dem erwarteten Anstieg des Meeresspiegels“, sagte z.B. der Ahlbecker Joachim Schultz. Ganz offensichtlich hatten sich die Kraftwerksgegner vor allem auch auf die Auswirkungen auf Natur und Menschen in der Region erwartet. Prof. Kreilkamp antwortete, dass das nicht sein Job gewesen sei. In dem von ihm und seinem Kollegen erarbeiteten Gutachten gehe es um die Auswirkungen auf den Tourismus. Die Anliegen der Kritiker müssten durch andere Gutachten geprüft werden. A.G.

Klima-Bündnis: Wärme von Kraftwerken verpufft ungenutzt

Rostock (OZ/D. K.) Der Neubau weiterer Kohlekraftwerke – wie in Lubmin und Rostock geplant – konterkariere jegliche Klimaschutzpolitik, kritisierte Joachim Lorenz, Vorsitzender des Klima-Bündnisses, gestern auf der 7. Kommunalen Klimaschutz-Konferenz in Rostock. Ein großer Teil der etwa zehn geplanten deutschen Kraftwerke sehe nur eine reine Stromproduktion vor. „Wir fordern jedoch eine Kraft-Wärme-Kopplung“, zitiert Lorenz aus einem Positionspapier des Bündnisses, dem rund 400 deutsche Städte angehören. Die in Kohlekraftwerken eingesetzten Brennstoffe würden im Schnitt nur zu 30 bis 40 Prozent in Strom umgewandelt. Wärmeenergie indes verpuffe ungenutzt, so Lorenz.

Fernwärme sei allerdings auch nur bis zu einer Entfernung von 15 bis 20 Kilometern sinnvoll, sagte der Bündnis-Chef und forderte, Kraftwerke nur so groß zu bauen, dass auch Abnehmer gefunden werden können. Die Stadt Rostock beispielsweise könnte mit dem bestehenden Steinkohlekraftwerk und anderen Energiequellen bereits eine Millionenstadt mit Wärme versorgen. Auf der Tagung kritisierten die rund 120 Teilnehmer zudem, dass bei der Sanierung von Gebäuden energetische Effekte zu wenig berücksichtigt würden. „Rund 2,5 Prozent des Gebäudebestandes in Deutschland werden derzeit saniert“, informierte Lorenz, „aber nur 0,5 Prozent auch energetisch.“ Steige diese Quote auf nur zwei Prozent, würden keine weiteren Kraftwerke benötigt. Rostocks Umweltsenator Wolfgang Nitzsche betonte, dass die Kommunen Vorreiter bei der energetischen Sanierung sein müssten. Die Hansestadt wolle daher 2008 eine Klimaleitstelle installieren, die die energieeffiziente Sanierung städtischer Gebäude begleite.

Rostock ist die einzige Stadt in MV, die dem Klima-Bündnis, dem größten thematischen Netzwerk in Europa, angehört. Neubrandenburg hat die Mitgliedschaft, die auch mit politischen Selbstverpflichtungen verknüpft ist, gekündigt. „Ein Ziel unserer Kommunen ist es, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 zu halbieren“, erläuterte Lorenz.

Zur Rolle der Bundesregierung in der internationalen Debatte der Klimapolitik erklärt Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen:

„Bundeskanzlerin Merkel und Umweltminister Gabriel gastierten diese Woche wieder einmal auf internationalen Bühnen in ihren Lieblingsrollen. Sie gaben die Vorkämpfer für Klimaschutzpolitik.“

Je genauer man sich diese seit den Frühjahrsgipfeln zur Routine gewordenen Aufführungen ansieht, desto deutlicher wird: Sie sind vor allem für heimische Konsumtion gedacht. Wer auf internationaler Bühne derart offensiv für Klimaschutz wirbt, der muss es ja gut meinen. Und kann dann umso eher zuhause zu überspielen versuchen, dass bisher die Klimapolitik der Bundesregierung aus vielen schönen Ankündigungen und null konkreten Taten besteht.

Der Emissionshandel musste der Bundesregierung durch die EU-Kommission abgezwungen werden. Bei der Energieeffizienzsteigerung von PKW stand und steht sie auf der Bremse. Der Klimakiller Kohle wird durch üppigen Kraftwerksneubau gefördert. Der Ausbau Erneuerbarer Energien, vor allem der Windkraft in Deutschland, nimmt an der Politik der Bundesregierung Schaden. Die CO<sub>2</sub>-Steuer lässt auf sich warten. Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ist immer noch blockiert. Ein allgemeines Tempolimit will man nicht und 2006 stiegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland wieder.

Vielleicht sollte es die Bundesregierung einmal umgekehrt probieren und

tatsächlich mit ihren Hausaufgaben anfangen. Es könnte sein, dass das dann sogar international den ein oder anderen überzeugen würde, nicht nur schön zu reden, sondern das Richtige zu tun."